Nummer 429

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 74. Jahrgang. Donnerstag, 13. September 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Praxis des Wirtschaftsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: i. V.: Wilh. Steneberg. Polit. Teil: Dr. Eckhard Jäger, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Kuntzer. Inseratenteil: Christian Hagen. Sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Gel. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 10 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Englische Einmischung in deutsche Innenpolitik.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph", Herr Wilcox, beschäftigt sich in einem Telegramm an seine Zeitung mit der Aufnahme, die die Briandrede in Deutschland gefunden hat. Die Erklärung für die Erregung sei „wahrscheinlich die, daß eine vollkommen wahre Anschuldigung stets verletzt". Tausend amtliche und nichtamtliche Eingeständnisse könnten angeführt werden, so schreibt Herr Wilcox, um zu beweisen, „daß Deutschlands Abrüstung nur das Ergebnis des Zwanges ist, und daß innerhalb der ihm auferlegten Grenzen Deutschland entschlossen ist, so stark wie möglich zu sein". Herr Wilcox scheint der Meinung zu sein, daß er mit dieser Feststellung eine große Neuigkeit verrät, aber daß er Herrn Poincaré eine besonders brauchbare, fette Denunziation vorlegt. Was ist denn da „einzugestehen", wenn Deutschland seine Wehrfähigkeit innerhalb der kümmerlichen Grenzen von Versailles zu erhalten sich bemüht? Als die ausländischen Denunzianten mit der schwarzen Reichswehr hausieren gehen konnten, machte man uns aus jedem verrosteten Revolver, der gefunden wurde, ein Verbrechen. Jetzt ist es nun den Schnüfflern beim besten Willen nicht mehr möglich, in Deutschland Kriegswerkzeuge zu entdecken, die sich nicht mit den Vorschriften von Versailles vereinbaren ließen. Also gehen die Herren der neuen Entente kaltblütig einen Schritt weiter: Durch den Herrn Wilcox konstruieren sie eine neue Schuld aus der Tatsache, daß Deutschland die Bestimmungen einhält, statt im Sinne der deutschen Pazifisten und der französisch-englischen Chauvinisten auf Reichswehr und Reichsmarine überhaupt zu verzichten. In Fortsetzung dieses Wunsches, den sehr begreiflicherweise Herr Wilcox und seine Ententefreunde mit den deutschen Pazifisten teilen, fragt der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph", wie es sich denn mit dem Panzerkreuzer A verhalte, der von dem Kabinett bewilligt wurde, an dessen Spitze derselbe Herr Müller steht, dem Briand geantwortet hat! Die Logik des Engländers ist: Es ist ein Verbrechen, daß Deutschland innerhalb der Grenzen von Versailles seine Wehrmacht erhält; also ist es auch ein Verbrechen, daß das Kabinett Müller den Panzerkreuzer A bewilligte; also hat Herr Briand vollkommen recht, wenn er seiner Rede die Tendenz der „deutschen Gefahr" gab.

Dieser Gedankengang, niedergelegt in einer großen, dem englischen Auswärtigen Amt nahestehenden Zeitung, erscheint uns symptomatisch für die Einstellung der gegenwärtigen englischen Politik im besonderen und für die Einstellung der neuen französisch-englischen Entente im allgemeinen.

Es geht aber noch weiter. Der Korrespondent sagt, die Partei des Kanzlers habe im Wahlkampf den Panzerkreuzer bekämpft, ihn als politisch unopportun und militärisch zwecklos bezeichnet. Warum Müller ihn denn jetzt bewilligt habe! Es könne „nur einen Grund geben, und zwar den, daß die Sozialdemokraten, die an der Spitze des Kabinetts stehen und die Hauptplätze darin innehaben, **noch nicht** stark genug sind, um ihren Koalitionspartnern Widerstand zu leisten".

Der Engländer wünscht also, daß die Sozialdemokraten noch stärker werden, damit auch das letzte Kriegsschiff aus deutschen Häfen und das letzte Gewehr von deutschem Boden verschwinden, damit auch der kleinste Raubstaat an Deutschlands Grenzen endlich über uns herfallen kann. Das Wesen des deutschen Pazifismus und der ihm nahestehenden Parteien kann durch nichts besser charakterisiert werden als durch diese dreiste englische Einmischung in die deutsche Innenpolitik. Darüber hinaus aber wird durch die Auslassungen des „Daily Telegraph" die Innenpolitik der deutschen Linken in furchtbarer, aber zutreffender Weise an den Pranger gestellt. Die Panzerkreuzerhetze hat im Auslande die erwünschte Wirkung getan. Die Feinde Deutschlands bedienen sich der sozialdemokratischen Argumente gegen Deutschlands Lebensinteressen und erhoffen von der deutschen Sozialdemokratie noch weitere ersprießliche Zusammenarbeit. Herzlichen Glückwunsch! Dr. J.

— Die Witwe Alexanders III. von Rußland schwer erkrankt. Kaiserin Dagmar von Rußland, die Witwe des Zaren Alexander III., ist in ihrer Villa in Kopenhagen schwer erkrankt. Die frühere Kaiserin wird im November 81 Jahre alt. Ihr Gesundheitszustand wird von Tag zu Tag schlechter.

Wer rüstet am Rhein?

Hören Sie, Herr Reboul!

Im „Temps" hat am 6. September auch der als berufsmäßiger Hetzer sattsam bekannte französische Militärschriftsteller Oberstleutnant Reboul in einem längeren Aufsatz zur Räumungsfrage Stellung genommen. Daß diese Stellungnahme natürlich scharf ablehnend ist, kann angesichts der Persönlichkeit und ganzen Einstellung des Oberstleutnants Reboul nicht Wunder nehmen. Ueberraschen aber müssen trotz allem, was wir bisher in dieser Beziehung aus der Feder dieses Ehrenmannes gewohnt sind, die Gründe, die er für diese Stellungnahme geltend macht. Diese Gründe stehen nämlich diesmal in einem derartig krassen Gegensatz zur Wirklichkeit, sie enthalten diesmal derartig faustdicke Lügen und Verdrehungen, daß zu ihnen nicht geschwiegen werden kann und darf, zumal sich inzwischen auch andere französische Zeitungen, wie beispielsweise der „Gaulois", in ihrer Erwiderung auf die Rede des Reichskanzlers in Genf diese Lügen und Verdrehungen zu eigen gemacht haben. Die größte von ihnen betrifft den angeblichen Ausbau des deutschen strategischen Eisenbahnnetzes am Rhein.

„Weshalb verbessert Deutschland ständig die strategischen Eisenbahnen Köln—Aachen, Koblenz—Trier—Luxemburg und Mainz—Saarbrücken?" — so fragt mit dem hohlen Pathos des bewußt Lügenden Herr Reboul. Nun, eine solche Verbesserung wäre an sich dringend notwendig, und zwar nicht so sehr aus militärischen, als wie vor allen Dingen aus wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründen. Sie war auch von Deutschland ursprünglich beabsichtigt, ist Deutschland aber wie jede weitere großzügige Ausgestaltung seines Eisenbahnwesens in der entmilitarisierten Zone und den besetzten Gebieten leider unmöglich gemacht worden durch die bekannte Note der Botschafterkonferenz vom Mai 1922. Diese Note verbot Deutschland nicht nur den viergleisigen Ausbau der zweigleisigen Strecken Köln—Düren—Aachen und Koblenz—Ehrang—Trier. Sie schrieb vielmehr Deutschland außerdem noch vor, nach Räumung der besetzten Gebiete auch die zurzeit noch zweigleisige Strecke Mainz—Saarbrücken von Bad Münster bis Homburg in eine eingleisige umzuwandeln.

Von einer Verbesserung der angeführten Strecken kann also nicht die Rede sein, noch viel weniger aber von dem Bau eines „ungeheuren Netzes strategischer Eisenbahnen", von dem der „Gaulois" in enger Anlehnung an Herrn Reboul faselt. Die Note der Botschafterkonferenz beschränkte sich nämlich nicht nur auf die obigen Verbote und Forderungen. Sie erstreckte sich vielmehr noch auf eine ganze Anzahl weiterer Eisenbahnstrecken. So wurde die sofortige Einstellung des Baus der zweigleisigen Bahn Hamborn—Mörs—Geldern gefordert und für den Bau der Strecke Osterath—Holzheim—Liblar—Dernau anstatt der deutscherseits beabsichtigten zwei Gleise nur ein Gleis gestattet. Darüber hinaus aber sollte Deutschland vor allen Dingen noch verpflichtet sein, außer der Strecke Bad Münster—Homburg auch noch die zweigleisigen Strecken Remagen—Hillesheim—Losheim und Hillesheim—Gerolstein—Lommersweiler nach Räumung der besetzten Gebiete in eingleisige umzuwandeln und gleichzeitig damit die angeblich militärischen Zwecken dienenden Verbindungen der Strecken Geldern—Wesel, Geldern—Kleve, Erpel—Remagen und Sinzig—Bodendorf ganz zu zerstören.

Die damalige deutsche Regierung hat sich, unterstützt durch zahlreiche Proteste der rheinischen Wirtschaftsverbände, feinerzeit gegen diese Verbote und Forderungen der Botschafterkonferenz gewehrt. Sie hat darauf hingewiesen, daß die hiervon betroffenen Eisenbahnen und Verbindungen eine dringende wirtschaftliche Notwendigkeit darstellten und ein Eingehen auf die Note der Botschafterkonferenz gleichbedeutend sein würde mit der Lahmlegung aussichtsreicher Wirtschaftsgebiete. Alles dies hat ihr aber nichts genützt. Die Verbote der Botschafterkonferenz blieben ebenso bestehen wie die Vorschriften zur Zerstörung bereits bestehender Strecken und Verbindungen. Und nicht nur dies, gleichzeitig damit wurde der französischen Feldeisenbahnkommission im besetzten Gebiet das Recht gegeben, jegliche Erweiterungsbauten an den Eisenbahnen im besetzten Gebiet zu verbieten. Von diesem Recht hat die französische Feldeisenbahnkommission wiederholt Gebrauch gemacht, das letztemal noch im Falle Rüsselsheim und der Verstärkung der Brücken an der Strecke Koblenz—Trier.

Alles dies ist natürlich Herrn Reboul bis ins kleinste bekannt. Trotzdem aber wagt er es, von einem strategischen Ausbau der deutschen Eisenbahnen am Rhein zu reden. Die hierin liegende Lüge ist um so ungeheuerlicher, wenn man sich ihr gegenüber wieder einmal die Eisenbahnbauten vor Augen hält, die Frankreich zurzeit an seiner Ostgrenze gegen Deutschland aufführt. Diese Eisenbahnbauten bilden einen wesentlichen Teil der bekannten Pläne des französischen Generalstabes über die Neubefestigung der französischen Ostgrenze, über die in diesen Tagen wieder eingehende Besprechungen des französischen Kriegsministers und Generalstabschefs mit den Militärgouverneuren von Metz und Straßburg und zahlreichen anderen militärischen und parlamentarischen Persönlichkeiten in Metz stattfinden. Sie sind an dieser Stelle schon einmal eingehend geschildert worden, haben seitdem aber erhebliche Fortschritte gemacht. Nachdem im Frühjahr 1925 die beiden Eisenbahnen Verdun—Conflans und Nancy—Bensdorf zweigleisig ausgebaut worden sind, ist im vergangenen März der Vogesendurchstich zwischen St. Dié und Saal vollendet und an dieser Stelle damit eine neue unmittelbare zweigleisige Verbindung zwischen den französischen Ostbahnen und dem elsäßischen Eisenbahnnetz hergestellt worden. Gleichzeitig damit ist der Bau der Strecke St. Maurice—Wesserling erheblich gefördert sowie mit dem Bau der anderen beiden Vogesenbahnen von St. Dié nach Markirch beziehungsweise von Cornimont nach Metzeral begonnen worden. Nach ihrer Fertigstellung wird Frankreich über neun zweigleisige Aufmarschstrecken gegen Deutschland, die vier durch Belgien führenden zweigleisigen Eisenbahnen nicht eingerechnet, verfügen.

Die Wahrheit ist also, daß, während Deutschland jede großzügige Ausgestaltung seines Eisenbahnwesens am Rhein nicht nur unmöglich gemacht, Deutschland darüber hinaus sogar noch verpflichtet ist, eine große Zahl bereits bestehender Strecken teils ganz zu zerstören, teils in eingleisige umzuwandeln, Frankreich sich an seiner Ostgrenze ein Eisenbahnnetz baut, das ihm die Möglichkeit gibt, im Kriegsfalle seine gesamte Armee innerhalb kürzester Zeit nicht nur an der deutschen Grenze zu versammeln, sondern auch je nach der Entwicklung der militärischen Lage an dieser umgruppieren. Diese Feststellung möge genügen, um die ganze Verlogenheit der Gründe zu charakterisieren, die Herr Reboul, der militärische Sachverständige des „Temps", für seine ablehnende Stellungnahme gegenüber der Räumungsfrage geltend macht.

— Sprachenregelung in der belgischen Armee. Die belgische Kammer genehmigte am Mittwoch den Artikel 1 des Gesetzentwurfes über die Sprachenregelung in der Armee dahin lautend, daß die Offiziere die französische und flämische Sprache beherrschen müssen. Der Zusatzantrag, wonach die flämische und deutsche Sprache in der Armee gleichberechtigt sein müssen, wurde abgelehnt.

Wieder neue Ausflüchte!

England will die Abrüstungskonferenz abermals aufschieben.

TU Genf, 12. September.

Die Mittwoch-Sitzung der dritten Kommission für Abrüstungsfragen führte zu einer bedeutungsvollen Aussprache zwischen Paul-Boncour und Lord Cushendun, wobei sich herausstellte, daß Paul-Boncour sich mit der deutschen Auffassung über die baldige Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission und im Anschluß daran der Weltabrüstungskonferenz einverstanden erklärte, während Lord Cushendun die Festsetzung eines Zeitpunktes für den Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskommission ablehnte.

In Fortgang der allgemeinen Aussprache über das Abrüstungsproblem bezeichnete es zunächst der

ungarische Vertreter Graf Apponyi

als unmöglich, daß in einem abgerüsteten Lande wie Ungarn, das überdies von stark gerüsteten Nachbarn umgeben sei, das Gefühl des Vertrauens sich entwickeln und festigen könne. Die Nachbarstaaten Ungarns verfügten, so erklärte der Redner, zusammen über 3000 Geschütze und eine halbe Million Soldaten. Nachdem in Westeuropa ein Fortschritt in der Frage der Sicherheit erzielt worden sei, müsse nunmehr auch im östlichen Mitteleuropa die nötige Sicherheit geschaffen werden. Den Abschluß von Sicherheitsverträgen machte Graf Apponyi davon abhängig, daß zunächst in bezug auf Ungarn die Konfliktsmöglichkeiten untersucht werden. Zur Entwicklung einer Atmosphäre der Sicherheit, an der Ungarn ganz besonders interessiert sei, werde sein Land demnächst die Fakultativ-Klausel des Haager Statuts über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit mit dem einzigen Vorbehalt der Gegenseitigkeit unterzeichnen. Er hoffe, daß die Nachbarstaaten Ungarns diesem Beispiel folgen werden.

Darauf gab der deutsche Vertreter im Ausschuß

Graf Bernstorff

eine Erklärung ab, in der er nochmals mit großem Nachdruck den Standpunkt Deutschlands zu der Abrüstungsfrage darlegte. Graf Bernstorff wies auf die Erklärungen des Reichskanzlers über die Abrüstungsfrage in der Vollversammlung hin, die keineswegs ein Parteiprogramm seien, sondern das Programm der drei letzten Regierungen. Dieses Programm finde die Unterstützung fast der Gesamtheit des deutschen Volkes. Graf Bernstorff verlas sodann den Teil der Rede des Reichskanzlers in der Vollversammlung, der sich auf die Abrüstung bezieht, wonach Deutschland niemals die Absicht gehabt habe, ein undurchführbares Maß an Forderung in der Abrüstungsfrage zu stellen. Deutschland habe von Anfang an den Gedanken einer progressiven und etappenweisen Lösung der Abrüstungsfrage angenommen. Die erste Etappe könne und müsse eine merkbare Herabsetzung des gegenwärtigen Standes der Rüstungen bringen und alle Abteilungen der Land-, See- und Luftrüstung umfassen. Der erste Delegierte Deutschlands in der Völkerbundsversammlung **bestehe darauf, daß die Vollversammlung sich endgültig über die Einberufung der ersten Abrüstungskonferenz entscheidet, und daß sie die notwendigen Maßnahmen ergreift, um unverzüglich die technischen Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission zu beendigen. Falls keine bindenden Instruktionen gegeben würden, so werde er auf die in der Regierungserklärung enthaltene Forderung zurückkommen und wahrscheinlich weitere Anträge stellen.**

Paul-Boncour

als Vertreter Frankreichs betonte darauf nachdrücklich, daß er sich den Ausführungen des Grafen Bernstorff anschließe, daß zunächst der Zeitpunkt für den Zusammenritt der vorbereitenden Abrüstungskommission von der Vollversammlung festgesetzt werden müsse. Die dritte Kommission solle einen Vorschlag in dieser Richtung der Vollversammlung vorlegen. Die Kommission dürfe jedoch nicht einberufen werden, ohne daß sie zu endgültigen Ergebnissen gelangen könnte. Sie müsse diesmal Entwürfe für endgültige Abkommen über die Abrüstung annehmen, damit die Weltabrüstungskonferenz

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt.

Mitglieder der deutschnationalen Fraktionsleitung haben sich Mittwoch mittag ins Auswärtige Amt begeben, um sich dort über die Lage in Genf unterrichten zu lassen. Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Herrn Scheidemann, das Ersuchen zur Einberufung des Auswärtigen Ausschusses auf den Beginn der nächsten Woche gerichtet. Die deutschnationalen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sind zu Donnerstag nachmittag nach Berlin gebeten worden.